

08.11.2016 – PM 77/2016

Erderwärmung

IG BAU fordert umgehenden Beschluss des Klimaschutzplans

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Einigung der großen Koalition auf einen Klimaschutzplan und fordert, diesen Kompromiss endlich im Kabinett zu beschließen. „Die Koalition hat sich in buchstäblich letzter Minute zu einer Einigung durchgerungen. Eine komplette Blamage auf der Weltklimakonferenz bleibt uns damit erspart. Dennoch ist der Kompromiss nicht vollständig das, was wir uns gewünscht haben. Aber dieser Plan ist ein wichtiges Signal dafür, dass es Deutschland mit dem Klimaschutz wirklich ernst ist“, sagte der Stellvertreter IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. Der nun nochmals überarbeitete Klimaschutzplan benennt konkrete CO₂-Einsparziele für alle Sektoren bis 2030. Ziel ist es danach, die Emissionen auf 55 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken. Ein wesentlicher Schritt soll darin bestehen, für sogenannte Verschmutzungszertifikate einen Mindestpreis einzuführen. „Wer die Umwelt belastet, muss dafür auch die realistischen Kosten zahlen, die diese Verschmutzung verursacht. Deswegen muss der Mindestpreis schon zu Beginn so hoch festgesetzt werden, dass der Emissionshandel endlich den gewünschten Steuerungseffekt erhält, den er längst schon haben sollte“, sagte Schäfers. „Die Politik darf sich nicht der Illusion hingeben, dass ein geringer Gefälligkeitspreis nicht weiter auffällt.“

Die IG BAU hat bis zum Jahr 2050 drei Ziele für zukunftsfähige Arbeits- und Lebensbedingungen formuliert. Der Energieverbrauch muss sich bis dahin halbieren und zugleich vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Treibhausgasemissionen sollen gleichzeitig um 95 Prozent sinken. Darin sieht die IG BAU die Voraussetzung für eine soziale und ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft.

(1754 Zeichen)